

oder illegal nach Westen auszureisen. Das Scheitern der Verifizierung führt B. daher im wesentlichen auf die durch Krieg und Nachkriegschaos hervorgerufene ethische Abstumpfung der polnischen Funktionsträger und Siedler und die daraus resultierenden anhaltenden Übergriffe, auf Raub und Gewalttaten zurück. Hemmend auf die Bereitschaft zur Eingliederung mußte sich auch auswirken, daß eine erfolgreiche Verifizierung bis zum Staatsangehörigkeitsgesetz von Januar 1951 keine Gleichberechtigung mit den polnischen Siedlern begründete. Hinzu kamen Ungeschicklichkeiten in konfessionellen Fragen, insbesondere die gewaltsame Übernahme evangelischer Kirchen durch den katholischen Klerus (S. 125 ff.).

Mit dem Kurswechsel im Sommer 1948 vom „polnischen Weg zum Sozialismus“ hin zur Stalinisierung kam ein neues Konfliktfeld hinzu: Alle Versuche, die Stimmung der Einheimischen zu verbessern, wurden durch die Zwangskollektivierung konterkariert. Das Vorgehen der polnischen Behörden wechselte endgültig von der Werbung hin zur Repression, materielle Erleichterungen wurden an die Verifizierung gebunden. Das Druckmittel, bei Verweigerung würden die Betroffenen als Deutsche ausgesiedelt, erwies sich als wenig wirkungsvoll, da immer häufiger selbst bereits Verifizierte ihre Aussiedlung forderten.

Den Schlußpunkt bildete die „Große Verifizierung“ im Frühjahr 1949, in der sich die polnische Verwaltung – nun unter Mieczysław Moczar, der übrigens auch im Jahre 1968 eine äußerst unrühmliche Rolle spielen sollte – praktisch ausschließlich auf Zwangsmittel verließ. Gleichwohl verweigerten noch in der ersten Jahreshälfte 1950 etwa 3000 Einwohner(innen) der Wojewodschaft Allenstein (Olsztyn) die Verifizierung. Es überrascht, daß B. in diesem Zusammenhang nicht erwähnt, daß Moczar im März 1950 Transporte von Deutschen nach Westen absagte, weil sich auch unter bereits Verifizierten eine „Ausreisepsychose“ bemerkbar machte, was seine These noch bekräftigt hätte, daß das Vorgehen der polnischen Behörden 1948/49 eher den Wunsch zur Ausreise gesteigert hatte.

Schließlich beschreibt der Vf. ausführlich die „Repolonisierungsmaßnahmen“ (Sprach- und Bildungskurse, Vereine etc.), ihre Träger und ihren Mißerfolg. Diesen mißt er vor allem daran, daß in der Familienzusammenführung ab 1956 zahlreiche „Autochthone“ sich um ihre Ausreise bemühten und in den Folgejahren praktisch die gesamte „autochthone“ Bevölkerung das Land verließ.

Die Studie gewinnt ihren besonderen Wert dadurch, daß B. das Verhalten der Einheimischen und ihre letztlich Option „für Deutschland“ nicht aus kulturellen oder ethnischen Zugehörigkeiten, sondern in erster Linie aus ihren materiellen Erfahrungen heraus erklärt. Vieles von dem, was der Vf. in seiner inzwischen 15 Jahre alten Studie anführt, ist dem interessierten Publikum nicht mehr neu, da inzwischen zahlreiche neue und wichtige Arbeiten zur Eingliederung der ehemaligen preußischen Ostgebiete nach Polen erschienen sind. Gleichwohl ist die Arbeit als eingehende Regionalstudie der staatlichen Vereinheitlichungs- und Polonisierungspolitik in einem multiethnischen Gebiet unverzichtbar.

Düsseldorf

Michael G. Esch

Włodzimierz Janowski, Aleksander Kochański: Informator o strukturze i obsadze personalnej centralnego aparatu PZPR 1948–1990. [Informationsschrift über Struktur und personelle Besetzung des zentralen Apparats der PZPR.] Red. Krzysztof Persak. Verlag Instytut Studiów Politycznych PAN. Warszawa 2000. 166 S., Tab.

Was ist und bietet uns ein „Informator“ über den zentralen „Apparat“ der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) in der von ihr maßgeblich geprägten Epoche der Volksrepublik Polen? Eine Antwort auf diese Frage gibt zunächst die knappe Einführung (S. 7 f.) von Krzysztof Persak, der auf ein gleichartiges Kompendium „für den inneren Dienstgebrauch“ der PZPR (Warschau, 1980) verweist, das diesem Informator als Quelle zugrunde liegt. In beiden Fällen hat der Informationscharakter Priorität; „Struktur“ wird vor allem als organisatorische Frage behandelt. Die Autoren Włodzimierz Janowski und Aleksander Kochański haben sich unter Heranziehung von Archivalia aus dem

Warschauer Archiv Neuer Akten (Archiwum Akt Nowych, AAN) bemüht, den – Parteibeschlüsse ausführenden – Apparat des Zentralkomitees (ZK) der PZPR, des höchsten kollektiven Führungsorgans zwischen den Parteikongressen, in Wort und Bild (Schemata) transparent werden zu lassen. J.s Auflistung der Zuständigkeiten im ZK-Sekretariat von 1950 bis 1989 ermöglicht zudem einen Blick auf die Verteilung der Macht unter den Parteiführern.

Die Abstimmung der Beiträge aufeinander erscheint grundsätzlich sinnvoll, wenn auch ein wenig ungleichgewichtig. Während J. die strukturelle Entwicklung des ZK-Apparates anhand von Parteistatuten und ZK-Beschlüssen ausführlich nachzeichnet, beschränkt sich K. auf eine „enzyklopädische Zusammenstellung (zestaw)“ (S. 87) aller Abteilungen und sonstigen Organisationseinheiten des ZK, einschließlich des leitenden Personals. Strukturelle Veränderungen werden von P., nach „Linien (piony)“ oder Ressorts gestaffelt, in Diagrammen veranschaulicht. Geringfügige Unstimmigkeiten zum Beitrag J.s (Datierungsfragen) ergeben sich aus einer anderen Quellengrundlage K.s, dessen Erhebungen zu einem wesentlichen Teil auf Sitzungsprotollen der Entscheidungsinstanzen (Politbüro, ZK-Sekretariat u.a.) basieren sollen.

Der Verzicht auf einen Anmerkungsapparat bei K. mag seinem Ruf als intimer Kenner der polnischen Zentralarchive geschuldet sein.¹ J.s Beitrag beschreibt nicht nur die normative Seite der Entwicklung des zentralen Parteiapparats, sondern umreißt diesen zugleich als Gegenstand noch zu leistender Forschungen. Diesen wiederum sieht er in der Gesamtsystematik der ZK-Bürokratie als komplexes Herrschaftsinstrument, mit dessen Hilfe die kommunistische Parteiführung in alle Lebensbereiche hineinregierte, infolgedessen „Partei“ und „Staat“ kaum voneinander zu trennen waren (S. 9, 62). Zu ergänzen wären die Fragen des Funktionierens der ZK-Bürokratie in der Praxis und ihrer internationalen Einbindung in den „Ostblock“. Ein Personenindex rundet diese für die Behandlung der polnischen Zeitgeschichte gewiß nützliche Informationsschrift ab. Für den wissenschaftlichen „Dienstgebrauch“ kann der „Informator“ empfohlen werden.

Hamburg

Harald Moldenhauer

¹ Vgl. ALEKSANDER KOCHAŃSKI: Polska 1944–1991. Informator historyczny, 2 Bde., Warszawa 1996–2000.

Jan Křen: Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918. Studienausgabe. Aus dem Tschech. von Peter Heumos. (Veröff. des Collegium Carolinum, 71.) R. Oldenbourg Verlag. München ²2000. 404 S.

Die zwölfjährige Entstehungsgeschichte dieser umfangreichen Synthese zum deutsch-tschechischen Verhältnis im mitteleuropäischen Kontext von 1780 bis zur Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 beginnt bereits im Jahre 1974: unter den schwierigsten Arbeitsbedingungen des Autors angesichts der „Normalisierung“ nach dem Prager Frühling von 1968. Jan Křen, heute Vorsitzender der tschechischen Sektion der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen gemeinsamen Historikerkommission, damals Mitglied der „Charta 77“, verknüpft drei Untersuchungsebenen und Entwicklungslinien: die deutschböhmische, die österreichische und die gesamtdeutsche Perspektive und betrachtet sowohl die Tschechen als auch die Deutschen und Juden der böhmischen Länder als Bestandteile einer umfassenden, allerdings konfliktreichen Gemeinschaft (S. 16). Inzwischen ist tschechisch-deutsche „Konfliktgemeinschaft“ zum vielzitierten Topos der Historiker geworden. Die Erstveröffentlichung erfolgte – radikal gekürzt – als Samisdat-Kopie 1988, eine zweite Ausgabe erschien ein Jahr später im Exilverlag Škvorecký in Toronto; die Prager Edition folgte 1990 im Verlag der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Dem Nachholbedarf beim deutschen Lesepublikum wurde erstmals 1996 abgeholfen, dank der hervorragenden Übersetzung von Peter Heumos, der auch einen